

Ja



***Gleichgewicht
statt Übergewicht***

verwaltungsbremse.ch

Pressemappe der Medienkonferenz zur Verwaltungsbremse vom 12. August 2026 in Bern

Inhalt der Pressemappe:

1. Medienmitteilung
2. Referate

Die Referentinnen und Referenten:

Lucio Sansano, Präsident des Initiativkomitees

Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz

Pauline Blanc, Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz

Monika Rühl, Direktorin von economiesuisse

Prof. Dr. Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen
Arbeitgeberverbands SAV

Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv

– Es gilt das gesprochene Wort –

Vereinte Wirtschaft kündigt Unterstützung der Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen an

An einer Pressekonferenz auf dem Bundesplatz haben heute die Spitzen der drei grossen Wirtschaftsverbände – economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) und Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) – ihre Unterstützung für die Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen bekannt gegeben. Damit trägt nicht nur eine überparteiliche Allianz von GLP-, Mitte-, FDP- und SVP-Bundesparlamentariern das Anliegen, sondern auch die Schweizer Wirtschaft. Zur Unterstützung durch die Wirtschaftsdachverbände gibt Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen, zu Protokoll: «Die starke und breite Unterstützung aus der Wirtschaft freut uns, zeigt aber auch, wie hoch der Handlungsbedarf ist. Das ungebremste Verwaltungswachstum schwächt den Schweizer Wirtschaftsstandort nachhaltig. Die Verwaltungsbremse setzt dieser Abwärtsspirale ein Ende.»

Über 36'000 Pflichten für Schweizer Unternehmen: Die Bürokratie nimmt überhand

Die Zahl der durch Unternehmen zu erfüllenden Pflichten steigt laufend: von 26'000 im Jahr 2007 auf über 36'000 im Jahr 2025. Dies enthüllte der Regulierungsmonitor, den das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mit dem Forschungsinstitut BAK Economics entwickelt hat. Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, schliesst daraus: «Die Belastung durch Regulierungen wächst stetig und hemmt die Wettbewerbsfähigkeit von Gewerbe und KMU. Die von der Politik getriebene Bürokratie hat überhand genommen. Um die zentralen Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells zu sichern, unterstützt der Schweizerische Gewerbeverband die Verwaltungsbremse-Initiative als weiteren Baustein neben der im Parlament durch den sgv lancierten KMU-Regulierungskostenbremse.»

Konkurrenzierung der Privatwirtschaft durch die Bundesverwaltung befeuert den Fachkräftemangel

Die Bundesverwaltung wächst nicht nur personell stark, sie bezahlt auch markant höhere Löhne als die Privatwirtschaft. Auch im Vergleich zu den anderen staatlichen Ebenen – Kantonen und Gemeinden – ist die Überzahlung beim Bund besonders ausgeprägt. In den Jahren 2020 bis 2022 belief sich das durchschnittliche Bruttoerwerbseinkommen für eine Vollzeitstelle in der Bundesverwaltung auf 124'611 Franken, gegenüber 97'845 Franken in der Privatwirtschaft. Selbst wenn man diesen Vergleich entschärft und nur noch ähnliche Beschäftigte einander gegenüberstellt, bleibt ein massiver Lohnvorteil des Bundes bestehen. Eine IWP-Studie kommt beim vorgenannten Vergleich auf eine Lohnprämie von 11,7 % für Bundesangestellte. Prof. Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, konstatiert: «Die hohen Löhne und das starke Wachstum der Bundesverwaltung verschärfen den ohnehin schon angespannten Wettbewerb um Talente zulasten der Privatwirtschaft – notabene auf Kosten der Steuerzahler. Der Arbeitgeberverband ist der Auffassung, dass im Interesse der Schweizer Volkswirtschaft dem übermässigen Verwaltungswachstum klare Grenzen gesetzt werden müssen. Deshalb unterstützen wir die Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen mit Nachdruck.»

30 Milliarden Franken vermeidbare Bürokratiekosten: Wirtschaft steht hinter der Verwaltungsbremse

Übermässige Regulierung und hohe Bürokratiekosten belasten die Schweizer Wirtschaft immer mehr. Eine Studie der BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG (BSS) und des ifo Instituts zeigte, dass andere Staaten, etwa die skandinavischen Länder Schweden und Dänemark, ihre Verwaltungsprozesse deutlich effizienter und digitaler gestalten. Hätte die Schweiz vor zehn Jahren eine international vergleichbare Entbürokratisierung durchgeführt, würde das Pro-Kopf-BIP dadurch heute um rund 5 Prozent höher liegen. Der Vergleich zeigt, dass über 30 Milliarden Franken an Bürokratiekosten jedes Jahr vermeidbar wären. Die Schweiz hat einen klaren Handlungsbedarf. Und genau hier setzt die Verwaltungsbremse an. Monika Rühl, Direktorin des Wirtschaftsdachverbands economiesuisse, hält fest: «Die Schuldenbremse zeigt, dass verbindliche Regeln politische Expansionsanreize wirksam begrenzen. Die Verwaltungsbremse folgt derselben Logik. Die Schweiz braucht ein solches institutionelles Instrument, damit die Politik verstärkte Anreize hat, die Prozesse der Behörden effizienter und digitaler zu gestalten. economiesuisse unterstützt deshalb die Verwaltungsbremse als Initiative für einen wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz.»

Um die Bevölkerung auf die Verwaltungsbremse aufmerksam zu machen:

Jungfreisinnige lancieren 100-m²-Bundeshaus-Hüpfburg

Trotz der erdrückenden Relevanz des übermässigen Verwaltungswachstums bleibt die Sensibilisierung der Bevölkerung für das auf den ersten Blick trockene Thema eine Herausforderung. Im Lichte dessen lancieren die Jungfreisinnigen für ihre Verwaltungsbremse-Initiative eine Hüpfburg in Form eines übergewichtigen Bundeshauses beziehungsweise des Kampagnensujets, das die von der Politik verursachte überquellende Verwaltung und Bürokratie darstellt. Dass sich eine Hüpfburg hinsichtlich ihrer Anspruchsgruppe vor allem an Familien richtet, ist dabei kein Zufall. Jonas Lüthy, Parteipräsident der Jungfreisinnigen, kommentiert: «Das übermässige Wachstum der Verwaltung untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells, dessen Erhalt stets auch ein Versprechen an künftige Generationen war. In deren Interesse ist die Verwaltungsbremse. Unsere Bundeshaus-Hüpfburg wird durch die ganze Schweiz touren, was Tür und Tor öffnen wird, um mit Jung und Alt an Dorffesten oder anderen gesellschaftlichen Veranstaltungen über die Thematik zu sprechen.»

Wie die Verwaltungsbremse funktioniert

- Die Verwaltungsbremse will, dass die Personalausgaben des Bundes nicht stärker wachsen dürfen als die Löhne der Bevölkerung, was faktisch nicht nur das Stellenwachstum, sondern auch übermässige Lohnerhöhungen unterbinden würde.
- Von der Verwaltungsbremse erfasst sind die zentrale und dezentrale Bundesverwaltung inkl. externer Berater.
- Der ETH-Bereich sowie die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Schweizer Erfolgsfaktoren von der Verwaltungsbremse ausgenommen.
- Zur Bewältigung einer Notlage kann die Bundesversammlung eine Wachstumsüberschreitung beschliessen. Die übermässige Erhöhung der Personalausgaben bedarf dabei der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder jedes der beiden Räte (absolute Mehrheit).

Argumentarium, Pressemappe, Kampagnenvisuals & Bilder der Medienkonferenz

Unter dem nachfolgenden Button finden Sie einerseits den Initiativtext, die Bilder der Medienkonferenz, die fortlaufend hochgeladen werden, sowie die Pressemappe der heutigen Pressekonferenz inklusive der Referate. Ferner finden Sie ebenfalls die Kampagnenvisuals zur Begleitkampagne der Initiative.

Ihre Kontakte:

Jonas Lüthy, Präsident Jungfreisinnige Schweiz,
jonas.luethy@jungfreisinnige.ch

Monika Rühl, Direktorin economiesuisse, +41 79 301 70 47,
monika.ruehl@economiesuisse.ch

Prof. Dr. Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband, +41 79 220 52 29,
roland.mueller@arbeitgeber.ch

Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, +41 79 215 81 30,
u.furrer@sgv-usam.ch

Begrüssung und Einleitung zur Pressekonferenz

(Lucio Sansano, Präsident des Initiativkomitees)

Geschätzte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zu dieser Pressekonferenz und danke Ihnen, dass Sie heute erschienen sind.

Es ist uns eine besondere Freude, Sie heute zur gemeinsamen Pressekonferenz mit den drei grossen schweizerischen Wirtschaftsverbänden economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) und Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) willkommen zu heissen, an der wir zugleich unser zentrales Kampagneninstrument – Sie erahnen es mit einem vorsichtigen Blick hinter uns – vorstellen dürfen.

Ich darf Ihnen nun die heutigen Referentinnen und Referenten vorstellen. An der Pressekonferenz werden zu Ihnen sprechen:

Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz,
Pauline Blanc, Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen,
Monika Rühl, Direktorin von economiesuisse,
Prof. Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands,
Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands.

Und damit übergebe ich das Wort an den Präsidenten der Jungfreisinnigen Schweiz, Jonas Lüthy.

Gemeinsam für die Verwaltungsbremse *(Jonas Lüthy, Präsident Jungfreisinnige Schweiz)*

Geschätzte Medienschaffende

Der Schweizer Staat hat in den letzten Jahren sichtbar an Gewicht zugelegt. Nicht jede einzelne Zunahme mag problematisch erscheinen – aber in der Summe macht sie ihn schwerfällig.

Zur Erinnerung: Allein die zentrale Bundesverwaltung ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Zwischen 2010 und 2024 wurden über 5'600 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen, was einem Anstieg von 17,0 % entspricht. Noch ausgeprägter fiel das Wachstum bei den Ausgaben für Personal, Berater und externe Dienstleistungen aus: Diese stiegen von 5,4 Milliarden Franken im Jahr 2010 auf 7,1 Milliarden Franken im Jahr 2024. Das entspricht einer Zunahme von insgesamt 32,0 % über 14 Jahre.

Was wir heute beobachten, ist kein gesundes Wachstum mehr, sondern ein strukturelles Übergewicht der Bundesverwaltung.

Dies veranschaulicht auch die auf rund 100 m² stehende Bundeshaus-Hüpfburg, die ein übergewichtiges Bundeshaus darstellt, das Sie auch in unserem Kampagnensujet wiederfinden. Sie zeigt das Problem, eine ausufernde Verwaltung, und benennt zugleich den richtigen Schuldigen: die Politik. Das übermässige Verwaltungswachstum ist politisch entschieden, durch immer mehr Aufgaben und Regularien, die die Politik beschliesst. Während die Schuldenbremse sicherstellt, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben, untersteht das Verwaltungswachstum heute nicht direkt einem Balanceinstrument. Das ändert die Verwaltungsbremse. Sie sorgt für Gleichgewicht statt Übergewicht.

Dass sich eine Hüpfburg hinsichtlich ihrer Anspruchsgruppe vor allem an Familien richtet, ist dabei kein Zufall. Das übermässige Wachstum der Verwaltung untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells, dessen Erhalt stets auch ein Versprechen an künftige Generationen war. In deren Interesse ist die Verwaltungsbremse. Unsere Bundeshaus-Hüpfburg wird durch die ganze Schweiz touren, was Tür und Tor öffnen wird, um mit Jung und Alt an Dorffesten oder anderen gesellschaftlichen Veranstaltungen über die Thematik zu sprechen. Ich freue mich darauf.

Ich freue mich ebenfalls, dass es gelungen ist, hinter der Verwaltungsbremse bereits jetzt eine so breite Allianz aufzustellen. Einerseits – das ist seit der Lancierung bekannt – stehen Bundesparlamentarier von der GLP über die Mitte und die FDP bis zur SVP hinter dem Anliegen. Andererseits – und das freut mich heute ganz besonders – darf ich heute mit den Spitzen der drei Wirtschaftsdachverbände zu Ihnen sprechen, da die vereinte Wirtschaft beschlossen hat, die Verwaltungsbremse zu unterstützen.

Die breite Unterstützung unterstreicht einerseits die Notwendigkeit, andererseits aber vielmehr auch die Abstützung des Lösungsansatzes.

Der Fall ist klar: Die Schweiz braucht eine Verwaltungsbremse. Und wir setzen uns mit vollem Engagement, nun noch mit Hüpfburg, dafür ein, dass sie eine bekommt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe jetzt sehr gerne an die Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz, Pauline Blanc.

L'économie se range derrière le frein à l'administration.

(Pauline Blanc, vice-présidente des Jeunes Libéraux-Radicaux Suisse)

Mesdames et Messieurs les représentants des médias,

Ces dernières années, l'État suisse a pris du poids. Chaque augmentation prise isolément peut ne pas sembler problématique – mais, mises bout à bout, elles rendent l'État de plus en plus lourd et difficile à manœuvrer.

Pour rappel : ces dernières années, l'administration fédérale centrale a elle aussi fortement grandi. Entre 2010 et 2024, plus de 5'600 postes à plein temps supplémentaires ont été créés, soit une hausse de 17 %. Et ce n'est pas tout. Les dépenses de personnel et de prestations externes ont augmenté encore davantage. Elles sont passées de 5,4 milliards de francs en 2010 à 7,1 milliards en 2024. Cela représente une hausse de 32 % en seulement 14 ans.

Ce que nous observons aujourd'hui n'est plus une croissance saine de l'administration. C'est une administration fédérale devenue structurellement trop lourde.

Notre château gonflable de près de 100 mètres carrés représentant le Palais fédéral, illustre parfaitement ce phénomène. Vous pourrez d'ailleurs également la retrouver sur notre site de campagne. Elle montre le problème – une administration qui déborde – et désigne en même temps les véritables responsables : le monde politique.

Cette croissance excessive est le résultat de décisions politiques. À chaque nouvelle tâche, à chaque nouvelle réglementation, l'administration grandit un peu plus. Le frein à l'endettement veille déjà à ce que les recettes et les dépenses restent équilibrées. Mais aujourd'hui, rien ne limite directement la croissance de l'administration. C'est précisément ce que nous voulons changer avec le frein aux dépenses administratives. Il doit garantir l'équilibre, plutôt que laisser l'administration continuer à se développer sans limite.

Ce n'est pas un hasard si ce château gonflable s'adresse avant tout aux familles. La croissance excessive de l'administration met en danger certains des piliers essentiels du modèle suisse. Et préserver ces piliers, c'est aussi une responsabilité que nous avons envers les générations futures. C'est dans leur intérêt que nous avons besoin du frein aux dépenses administratives.

Notre château gonflable du Palais fédéral va sillonner toute la Suisse. Il ouvrira ses portes aux jeunes comme aux moins jeunes, pour leur permettre d'échanger sur cette thématique lors de fêtes de village et d'autres manifestations publiques. Et je m'en réjouis.

Je me réjouis également de voir qu'une alliance aussi large s'est formée autour du frein aux dépenses administratives. D'un côté – et cela est connu depuis le lancement de la campagne –, des parlementaires fédéraux, du PVL au PLR, en passant par Le Centre et l'UDC, soutiennent cette initiative. De l'autre – et cela nous enthousiasme particulièrement –, nous avons le plaisir de pouvoir compter sur le soutien des présidents des trois principales associations économiques fédérales, qui ont eux aussi décidé de soutenir le frein aux dépenses administratives.

Ce large soutien montre, d'une part, que cette mesure est nécessaire, mais surtout qu'elle apporte une réponse solide au problème.

Je vous remercie vivement de votre attention. J'ai maintenant le plaisir de céder la parole à Monika Rühl, directrice d'économiesuisse.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz braucht die Verwaltungsbremse

(Monika Rühl, Direktorin economiesuisse)

Geschätzte Medienschaffende

Die internationalen Unsicherheiten setzen die Schweizer Unternehmen spürbar unter Druck. Gleichzeitig wächst die Regulierungs- und Bürokratielast für die Unternehmen stetig.

Eine Studie der BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG (BSS) und des ifo Instituts im Auftrag von economiesuisse hat zudem gezeigt, dass andere Staaten, etwa die skandinavischen Länder Schweden und Dänemark, ihre Verwaltungsprozesse deutlich effizienter und digitaler gestalten. Hätte die Schweiz vor zehn Jahren eine international vergleichbare Entbürokratisierung umgesetzt, läge das Pro-Kopf-BIP heute rund 5 Prozent höher. Der Vergleich zeigt, dass über 30 Milliarden Franken an Bürokratiekosten jedes Jahr vermeidbar wären.

Die Wirtschaft braucht deshalb jetzt spürbare Entlastung. Und es braucht einen effizienten und handlungsfähigen Staat. Genau hier setzt die Verwaltungsbremse an. Die Initiative ist pragmatisch und vernünftig: Die Personalausgaben der Bundesverwaltung sollen künftig nur noch im Gleichschritt mit den Löhnen der Bevölkerung wachsen. Die Initiative schafft so einen dringend nötigen Gegenakzent zum anhaltenden Staatswachstum und zum steigenden Ausbau von Bürokratie und Regulierung.

Die vorgeschlagene Verwaltungsbremse setzt richtige Anreize: Parlament und Verwaltung werden stärker gefordert sein, bestehende Regulierungen kritisch zu überprüfen, Verfahren zu vereinfachen und unnötige administrative Belastungen abzubauen.

Die Schuldenbremse zeigt, dass verbindliche Regeln politische Expansionsanreize wirksam begrenzen. Die Verwaltungsbremse folgt derselben Logik. Die Schweiz braucht ein solches institutionelles Instrument, damit die Verwaltung nicht mehr schneller wächst als die Gesamtwirtschaft und damit die Politik verstärkte Anreize hat, die Prozesse der Behörden effizienter und digitaler zu gestalten. economiesuisse unterstützt deshalb die Verwaltungsbremse als Initiative für einen wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz.

Herzlichen Dank. Ich übergebe hiermit gerne an Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.

Ja zur Verwaltungsbremse – im Interesse der Schweizer Volkswirtschaft *(Prof. Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband)*

Geschätzte Medienschaffende

Lassen Sie mich gleich Klartext reden: Wenn nichts zur Begrenzung des Personalwachstums in der Bundesverwaltung passiert, wird sich der Fachkräftemangel in der Privatwirtschaft in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Ein grösserer Verwaltungsapparat und eine zunehmende Regulierungsdichte gehen historisch Hand in Hand, und beides erhöht den Druck auf jene Betriebe, die täglich im Wettbewerb bestehen müssen.

Eine zentrale Problematik liegt dabei in der Lohnprämie der öffentlichen Verwaltung. Wenn vergleichbare Beschäftigtenprofile gegenübergestellt werden, resultiert gemäss einer Studie des Instituts für Wirtschaftspolitik Luzern ein signifikanter Lohnvorteil des Bundes in der Grössenordnung von 12 Prozent. Der Bund zahlt somit nicht allein deshalb höhere Löhne, weil er überdurchschnittlich viele hochqualifizierte Fachkräfte beschäftigt – selbst bei vergleichbaren Profilen verbleibt ein substanzieller Aufschlag. Jedes zusätzliche Vollzeitäquivalent in der Bundesverwaltung kann zu neuen Auflagen, Berichten oder Kontrollen führen.

Anders gesagt: Der Staat steht weniger unter Lohndruck als die Privatwirtschaft, hat jedoch Zugang zu denselben Fachkräften. Und wenn der Staat auf Kosten der Steuerzahlenden systematisch höhere Löhne bezahlt als die Privatwirtschaft, handelt es sich nicht um fairen Wettbewerb, sondern um eine Verzerrung des Arbeitsmarkts. Daraus resultiert ein struktureller Wettbewerbsvorteil des Staates, der es der Privatwirtschaft schwer macht, Talente für sich zu gewinnen. Die Verwaltungsbremse gleicht den Wettbewerb wieder aus, indem sie das Wachstum der Personalausgaben an die Entwicklung des Medianlohns koppelt. Der dadurch entstehende Finanzdruck wird das Lohnniveau in der Verwaltung langfristig näher an jenes der Privatwirtschaft heranführen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Arbeitgeberverband ist der Auffassung, dass im Interesse der Schweizer Volkswirtschaft dem übermässigen Verwaltungswachstum klare Grenzen gesetzt werden müssen. Deshalb unterstützen wir die Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen mit Nachdruck.

Herzlichen Dank. Ich übergebe hiermit gerne an Urs Furrer, den Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv).

Die Verwaltungsbremse:

Eine nötige Ergänzung zur Schuldenbremse und zur Regulierungsbremse

(Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv)

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Verwaltungsbremse-Initiative voll und ganz. Diese Initiative bettet sich ein in die übrigen Massnahmen, die nötig sind, damit der Bund nicht weiter zunimmt. Massnahmen, die den Staat dazu bringen, sich auf seine unverzichtbaren Aufgaben zurückzubedenken.

Wie die bewährte Schuldenbremse sorgt die Verwaltungsbremse dafür, dass der Staat nicht übertreibt. Das schützt die Bevölkerung und das Gewerbe davor, die Zeche für eine übergewichtige Verwaltung bezahlen zu müssen. Die Initiative reiht sich aber auch in die jahrelangen Aktivitäten des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv zur Verhinderung eines zu stark wachsenden staatlichen Fussabdrucks in der Regulierung ein.

2010 verabschiedete der Schweizerische Gewebekongress in Lugano eine Resolution zur systematischen Messung und Senkung der Regulierungskosten. Jahre später trat das vom sgv initiierte Unternehmensentlastungsgesetz in Kraft. Und in der Frühlingssession 2026 nahmen beide Räte eine – ebenfalls vom sgv initiierte – Motion zur Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse an. Bei der Benennung dieses Instruments haben wir das Wort „KMU“ bewusst verwendet. Denn KMU werden durch Regulierungen viel stärker belastet als Grossunternehmen.

Nebst der Schuldenbremse und der KMU-Regulierungskostenbremse braucht es auch eine Verwaltungsbremse. Denn Bundesämter haben ein Eigeninteresse an der Regulierung: Damit erhöhen sie ihren Einfluss und ihr Budget. Darum braucht es auch Massnahmen beim Personalbudget. Das verlangt der sgv schon länger. Zum Beispiel im Positionspapier des sgv zu den öffentlichen Finanzen oder in der Vernehmlassung zu den neuen Verträgen mit der EU. Auch mit diesen Verträgen ist die Gefahr einer Vergrösserung der Aufgaben und des Einflusses der Bundesverwaltung.

Mit den Löhnen und Anstellungsbedingungen des Bundes können heute nur noch Grosskonzerne und bundesnahe Betriebe mithalten. KMU können das schon lange nicht mehr. Das verzerrt den Arbeitsmarkt. Und das benachteiligt unsere KMU.

Gleichzeitig bläht sich der Bund unaufhaltsam auf. Immer mehr Staatsangestellte befassen sich mit immer mehr unnötigen Tätigkeiten. Und diese Tätigkeiten verursachen ständig neuen Aufwand in den Betrieben. Jüngstes Beispiel: Der Bundesrat will ein sog. «Bundesgesetz über die nachhaltige Unternehmensführung». Das wäre eine weitere Spielwiese für hochbezahlte Leute in Verwaltung, Aufsichtsbehörden, Compliance-Abteilungen, Beratungsagenturen etc. Alles, ohne auch nur einen Rappen Wertschöpfung zu generieren.

Klar: Die Initiative für eine Verwaltungsbremse alleine kann diese unheilvolle Entwicklung nicht stoppen. Denn das, was die Initiative verlangt, ist eigentlich nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit: Die Personalausgaben der Bundesverwaltung sollen nicht stärker steigen als der Schweizer Medianlohn. Das ist ein mildes Rezept.

Aber es ist ein richtiges Rezept. Deshalb verdient die Initiative die volle Unterstützung der Wirtschaftsverbände.

Herzlichen Dank. Nun übergebe ich für die Fragerunde gerne an den Präsidenten der Jungfreisinnigen, Jonas Lüthy.